

Sicherheitspolitik im Südpazifik

Kai M. Schellhorn

Der pazifische Ozean ist in den letzten Jahren politisch unruhig geworden. Verschiedene, voneinander auf den ersten Blick unabhängige Ereignisse müssen im Gesamtzusammenhang betrachtet werden. Die internationale Presseberichterstattung hat sich relativ ausführlich mit den Vorgängen in der Region beschäftigt. Hier sei nur auf wenige Stichdaten hingewiesen: Im August 1985 schloß die Sowjetunion mit Kiribati ein - in der Region erstes - Fischereiabkommen; im Januar 1987 folgte ein weiteres mit Vanuatu, mit dem Moskau im Juni 1986 diplomatische Beziehungen aufgenommen hatte. Die ANZUS-Krise zwischen Neuseeland und den USA führte im August 1986 zum formalen Ende der Verteidigungskooperation zwischen beiden Staaten. Der im August 1985 von den Mitgliedsstaaten des Südpazifischen Forums unterzeichnete Vertrag über die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone im Südpazifik trat im Dezember 1986 nach Hinterlegung der 8. Ratifikationsurkunde in Kraft, die USA lehnen - im Gegensatz zur Sowjetunion - den Vertrag ab.

Hinter diesen Daten lassen sich zumindest vier über die Region ineinandergreifende, dynamische Entwicklungslinien aufzeigen.

Erstens ist der südliche Pazifik diejenige Region unserer Erde, die als letzte die Phase der Entkolonisierung durchlaufen hat bzw. noch durchläuft. Die in den 70er Jahren in großer Zahl unabhängig gewordenen Archipelstaaten (Fidschi, 1970; Kiribati, 1979; Nauru, 1968; Papua-Neuguinea, 1975; Solomon-Inseln, 1978; Tonga, 1970; Tuvalu, 1978; Vanuatu, 1980; West-Samoa, 1962) werden zum Teil von einer Generation jüngerer, nationalistisch orientierter Politiker regiert, deren westliche Ausrichtung nicht mehr so stark ist wie die der Generation ihrer Väter.(1) Das innenpolitische Ringen Neu-Kaledoniens um Unabhängigkeit von der französischen Kolonialmacht bildet diesbezüglich einen markanten - letzten Brennpunkt der Entkolonisierungsphase. Die Bereitschaft der Regierungschefs in Papua-Neuguinea, Kiribati, den Solomon-Inseln und Vanuatu wächst, als kleine Staaten den Blockfreien anzugehören (2) bzw. mit Ländern dieser Staatengruppe, wie mit Libyen und Kuba bereits geschehen, enge Kontakte aufzunehmen.(3) Gleichzeitig wird die Sowjetunion als Wirtschaftspartner akzeptabel.

Die zweite Entwicklungslinie in der südpazifischen Region betrifft die Anti-Nuklearpolitik der im Südpazifischen Forum (SPF, 1971 gegründet) versammelten Anrainerstaaten, zu denen auch Australien und Neuseeland zählen. Die langjährigen französischen Kernwaffenversuche auf Mururoa haben zu einer eindeutigen Ablehnung solcher Versuche durch die 13 Mitgliedstaaten des Südpazifischen Forums geführt. Der im Dezember 1986 in Kraft getretene Vertrag von Rarotonga sieht das gesamte südpazifische Gebiet als nuklearwaffenfreie Zone vor. Die

Geschlossenheit der Ablehnungsfront hat auch unmittelbare Verbindungen zur dritten Entwicklungslinie in der Region.

Seit dem Wechsel zu einer sozialdemokratischen Regierung unter David Lange im Juli 1984 vertritt Neuseeland eine strikte antinukleare Haltung - auch und insbesondere gegenüber dem langjährigen ANZUS-Partner USA. Amerikanischen nuklear angetriebenen und/oder atomwaffentragenden Schiffen sind die neuseeländischen Häfen verwehrt. Präsident Reagan hat daraufhin die im ANZUS-Vertrag (seit 1951) enthaltene Sicherheitsgarantie für Neuseeland im August 1986 aufgekündigt. Neuseeland kann heute, im Gegensatz zu Australien, nicht mehr an gemeinsamen Seemanövern teilnehmen. Die von David Lange heraufbeschworene ANZUS-Krise hat zu einer spürbaren Schwächung der Sicherheitsstruktur der südpazifischen Region geführt.

Die vierte Entwicklungslinie bezieht sich auf die strategisch bedeutsame, in den zurückliegenden Jahren von der Sowjetunion vehement vorangetriebene militärische Aufrüstung, zu der in direktem Zusammenhang auch der Ausbau des vietnamesischen Hafens Cam Ranh zu einer sowjetischen Basis im südostasiatisch-pazifischen Raum gehört. Gleichzeitig stellt sich für die amerikanische Seite die Frage nach der Zukunft ihrer Militärstützpunkte auf den Philippinen.

Diese vier Entwicklungslinien, die langsame Abkehr einzelner Archipelstaaten von der traditionellen Westbindung im Zuge der Nachkolonialisierungsphase bei gleichzeitiger Öffnung gegenüber sowjetischen Interessen, die Problematik der Schaffung einer nuklearwaffenfreien Zone im Südpazifik, die ANZUS-Krise und die Supermachtrivalität im pazifischen Raum formen heute den Südpazifik zu einem Ozean der Unruhe.

Entkolonisierung, Wirtschaftsprobleme und sowjetischer Einfluß

Neben dem bereits erwähnten Unabhängigkeitskampf der auf Neukaledonien lebenden eingeborenen Kanaken gegen die französischen Siedler und die Regierung in Paris, die aufgrund des politischen Drucks einen Vorschlag für eine gerechte Wahlprozedur für Autonomiewahlen vorbereiten will - die starke französische Siedlergruppe will Frankreich zugehörig bleiben, während die Kanaken die Unabhängigkeit erstreben -, bildet Neuguinea einen zweiten Brennpunkt machtpolitischer Auseinandersetzungen.(4) Neuguinea ist geteilt in das selbständige Papua-Neuguinea (kurz PNG) und das Indonesien zugehörige Irian-Jaya. Dort gibt es seit längerer Zeit eine Autonomiebewegung (Free Papua Movement), die in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen hat. Jakarta versucht, dieser Bewegung mit einer intensiven Siedlungspolitik zu begegnen. Mit Hilfe der sog. Transmigrasi-Politik werden Indonesier nach Irian-Jaya zur Besiedlung geschickt.(5) Die teilweise bürgerkriegsähnliche Situation führt zu ständigen Grenzüberschreitungen der Unabhängigkeitskämpfer nach Papua-Neuguinea, die Schutz vor der Verfolgung durch indonesi-

sche Militär- und Polizeikräfte suchen, jedoch von PNG-Militärkräften zurückgeschickt werden. Sowohl die Befreiungskämpfer in Irian-Jaya als auch extreme, linksorientierte Kanakengruppierungen in Neukaledonien werden teilweise mit sowjetischen Waffen ausgerüstet. Die Hintermänner der Waffenlieferungen sind, einer Meldung der International Herald Tribune zufolge, in Kuba und Libyen zu suchen.(6) Gleichzeitig erhalten beide für die Unabhängigkeit kämpfenden Gruppen - der sowjetischen Staatsdoktrin folgend, die Befreiungsbewegungen weltweit unterstützt - Hilfe durch Moskau.

Neben den erwähnten neun Archipelstaaten liegen im Südpazifik noch die französischen "Territoires d'Outres Mer", Französisch-Polynesien, Neukaledonien und die Inseln Wallis und Futuna. Die Cook-Inseln und Niue sind (seit 1965 bzw. 1974) sich selbst regierende Staaten in "Free Association" mit Neuseeland; Tokelau ist ein neuseeländisches "Dependent Territory".

Schließlich verfügen noch die USA über einen großen Teil Micronesiens. Die nördlichen Marianen, ursprünglich ein US-Pacific Islands Trust Territory, tragen seit November 1986 den Status eines United States Commonwealth. Die beiden anderen Archipele, die Republik der Marshall Inseln und die Federated States of Micronesia, sind souveräne, autonom regierte Staaten in Assoziation mit den USA, denen die Verteidigung der Inseln obliegt. Nur Palau hat diesen Status noch nicht angenommen, da bei mehreren Volksabstimmungen bisher nicht die erforderliche Mehrheit (75%) errungen werden konnte.(7)

Sämtlichen pazifischen Archipelstaaten fällt aufgrund des neuen Seerechts - das von den USA bisher nicht anerkannt wurde - eine 200 Meilen (320 km) umfassende "Ausschließliche Wirtschaftszone" zu. Das führt teilweise zu grotesken Nutzungsräumen; so kann z.B. der Archipelstaat Kiribati eine Seefläche wirtschaftlich nutzen, die dem 5000fachen seiner Territorialfläche (690 qkm) entspricht. Die Hauptwirtschaftsfaktoren bilden daher auch der Fischfang und - nach wie vor - die Kopra-Herstellung. Da der industrielle Fischfang weitgehend von ausländischen Gesellschaften (Japan und USA) bewältigt wird, sind die Einnahmequellen der Staatshaushalte eng begrenzt. Unter diesen Umständen spielt die Vergabe von Fanglizenzen eine wichtige Rolle zur Finanzierung der Staatshaushalte.

Die amerikanischen Thunfischfänger haben in den zurückliegenden Jahren die nationalen Wirtschaftsinteressen durch Mißachtung der "Ausschließlichen Wirtschaftszonen" mehrfach verletzt, keine Fischereigebühren bezahlt und damit dem Ansehen der USA in der Region geschadet. So beschlagnahmten im Juni 1984 Sicherheitskräfte der Solomon-Inseln ein amerikanisches Fischereifahrzeug, weil es in der "Ausschließlichen Wirtschaftszone" gefischt hatte. Das Boot wurde sogleich zum Verkauf ausgeschrieben, die USA reagierten heftig und bedienten sich umgehend des Magnuson Act, eines Gesetzes, das Staaten gegenüber, die amerikanische Schiffe beschlagnahmten, schwere Sanktionen vorsieht. Washington

verfügte einen Importstopp für Thunfisch aus den Solomon-Inseln, wodurch dieser Staat ein Sechstel seines Gesamteinkommens verloren hätte. Die amerikanische Regierung konnte diese Krise nur durch den 700.000 Dollar teuren Rückkauf des Fischereifahrzeugs lösen. Ähnliche Fischereizwischenfälle gab es auch im Seeraum von Kiribati und Vanuatu. Das rücksichtslose Verhalten der American Thunaboat Association führte zu Verbitterung bei den Archipelstaaten.(8)

Dieser "Thunfischkrieg" - so wenig er international beachtenswert erscheint - führte zu einer politischen Schwächesituation der USA in der Region.

Es folgten reizvolle Angebote der Sowjets an die Archipelstaaten, Fischereiabkommen abzuschließen. Im August 1985 schloß Kiribati als erster Archipelstaat ein einjähriges Fischereiabkommen mit der Sowjetunion. Moskau erlangte das Recht, 16 Fischereischiffe in die "Ausschließliche Wirtschaftszone" zu entsenden. Nur in die 19km breiten Hoheitsgewässer durften die sowjetischen Trawler nicht. Moskau hatte damit einen ersten politischen Durchbruch in der Region erzielt, obwohl ihm die angestrebten Hafennutzungsrechte und Aeroflot-Luftlanderechte versagt blieben. Kiribatis Präsident, Ieremia Tabai, ließ sich den Vertrag mit 1,7 Mill. US-Dollar bezahlen, was einem Viertel seines Staatshaushaltes entsprach. Die sowjetischen Offerten sollen amerikanische und japanische Angebote um 100% übertroffen haben und damit weit über gewinnwirtschaftliche Marktüberlegungen hinausgegangen sein.(9) Das Fischereiabkommen wurde trotz intensiver Verhandlungen nach seinem Auslaufen im August 1986 nicht verlängert, weil die Sowjetunion den erhöhten Geldforderungen Kiribatis nicht zustimmen wollte.(10)

Ein zweiter Ansatz zur Durchsetzung sowjetischer Interessen richtete sich auf den Archipelstaat Vanuatu. Vanuatus Premier Walter H. Lini, ein anglikanischer Priester und Vorsitzender der Vanuauku-Partei (ehemals National Party), hatte bereits ständige Kontakte zu Kuba, Libyen, Nicaragua, Nord-Korea, der DDR und Vietnam (fünf vietnamesische Ärzte arbeiten in der Hauptstadt Port Vila).(11) Im Juni 1986 folgte die Aufnahme formaler diplomatischer Beziehungen zur Sowjetunion, die ersten mit Residenzrecht in einem pazifischen Archipelstaat. Ein Fischereivertrag, ähnlich dem mit Kiribati abgeschlossenen, befand sich in Verhandlung. Allerdings wurden diesmal den sowjetischen Forderungen nach Hafennutzungsrechten und Aeroflot-Luftlanderechten kaum noch Riegel vorgeschoben. Nach langen Verhandlungen, die teilweise in Sydney/Australien geführt wurden, konnte der Fischereivertrag am 27. Januar 1987 unterzeichnet werden. Moskau erhielt das Recht, acht Fischtrawler in Vanuatus Gewässern fischen zu lassen, drei Häfen zu nutzen und die Crews (max. 250 Mann) auszutauschen. Die Aeroflot erhielt allerdings kein Landerecht. Die Sowjetunion zahlt für den einjährigen Vertrag 1,5 Mill. US-Dollar.(12) Ähnliche Angebote machte Moskau auch Papua-Neuguinea und Fidschi, die allerdings bisher, ähnlich wie Tonga in den 70er Jahren, nicht auf die Offerten eingegangen sind.

Durch den erwähnten "Thunfisch-Krieg" und das erfolgreiche sowie jenseitige Vordringen in Kiribati (1985) und Vanuatu (1986) aufgeschreckt, bemüht sich die USA aus sicherheitspolitischen Erwägungen um eine Verbesserung ihrer Beziehungen zu den Archipelstaaten. So haben nach mehr als einjährigen Verhandlungen Washington und die Forum Fisheries Agency, die 16 pazifische Staaten repräsentiert, im Oktober 1986 ein Abkommen geschlossen, das sowohl eine Lösung der Fischereifrage in den "Ausschließlichen Wirtschaftszonen" als auch eine Anhebung der allgemeinen amerikanischen Entwicklungshilfe - die bisher 10 Mill. US-Dollar im Jahr betrug - in der Region betrifft.

Insgesamt sollen 63 Mill. US-Dollar über einen Zeitraum von fünf Jahren an die 16 pazifischen Staaten ausgezahlt werden, wenn der amerikanische Kongreß diesem Ausgabevolumen zustimmt.⁽¹³⁾ Nach Angaben amerikanischer Verhandlungsbeauftragter soll ein großer Teil der Gelder zum Aufbau lokaler Fischereifloten der Archipelstaaten verwendet werden. Wenn dieses Abkommen vom amerikanischen Kongreß bewilligt und von den amerikanischen Thunfischfängern, deren Anzahl im Abkommen festgelegt ist, eingehalten werden sollte, dann dürften sich die entsprechenden bilateralen Beziehungen wieder bessern.

Doch gehörte zum erweiterten politischen Verhandlungsrahmen der Archipelstaaten auch die politisch brisante Frage der amerikanischen Unterstützung der französischen Nuklearversuche in der Region. Insofern war der politische Verhandlungsrahmen breiter als der monetäre. Die USA steckten in der Zwickmühle, im Pazifik gegen Frankreich zu votieren und damit atlantische Interessen zu verletzen, oder aber weiterhin hinter Frankreich zu stehen und im Pazifik auf eine in der Nuklearfrage geschlossene Ablehnungsfront zu stoßen. Inzwischen hat Washington eine Wahl zugunsten des europäischen Verteidigungspartners Frankreich getroffen.

Der pazifische Konsens zur Entnuklearisierung der Region

Auf dem 16. Treffen des Südpazifischen Forums in Rarotonga (Cook Inseln) im August 1985 wurde der Vertrag über die Einrichtung einer Südpazifischen Nuklearfreien Zone (South Pacific Nuclear Free Zone - SPNFZ) gebilligt.⁽¹⁴⁾ Acht der 13 Mitgliedstaaten (Australien, Neuseeland, Fidschi, West-Samoa, Cook-Inseln, Tuvalu, Niue und Kiribati) unterzeichneten den Vertrag sofort, so daß das Quorum für das Inkrafttreten bereits erreicht wurde. Die übrigen Archipelstaaten wollten erst nach dem jeweiligen Ratifikationsverfahren unterzeichnen. Gegenwärtig liegen die Ratifikationsurkunden vor von: Cook-Inseln, Niue, Fidschi, Tuvalu, West-Samoa, Kiribati, Neuseeland und Australien. Damit ist der Vertrag in Kraft getreten. Er sieht in seinen wesentlichen Punkten vor, daß keiner der Unterzeichnerstaaten Kernwaffen entwickeln, herstellen oder erwerben darf. Er untersagt ferner Kernwaffentests, die Stationie-

rung von Kernwaffen sowie die Verklappung nuklearen Mülls im Südpazifik. Politisch richtet er sich in erster Linie gegen die Fortführung französischer Kernwaffenversuche auf dem zu Französisch-Polynesien gehörenden Mururoa-Atoll. Der Vertrag erlaubt fremden nuklear angetriebenen oder mit Kernwaffen bestückten Kriegsschiffen die freie Durchfahrt durch die Gewässer der Region und überläßt es jedem Mitgliedsstaat, selbst zu entscheiden, ob er diesen Schiffen Zugang zu seinen Häfen gewähren will.

Dieser Vertrag, der einem tiefempfundenen nuklearsensiblen Bedürfnis der pazifischen Anrainer entsprungen ist, wurde von den USA am 5. Februar 1987 trotz eindringlicher Warnungen Australiens abgelehnt, weil sein Geltungsbereich auch Amerikanisch-Samoa umschließt, die Verteidigungskooperation mit Australien (Rest-ANZUS) in Krisenzeiten Washington als gefährdet erscheint, die US-Navy Beschränkungen ihres Einsatzraumes befürchtet und dem europäischen Verteidigungspartner Frankreich das Recht auf Nuklearversuche im Pazifik nicht beschnitten werden soll.(15)

Von der Sowjetunion wurden dagegen am 15. Dezember 1986 die Zusatzprotokolle 2 und 3 unterzeichnet.(16) Frankreich, das auf keinen Fall seine Nuklearversuche auf Mururoa aufgeben will, lehnt den Vertrag ebenfalls ab.(17) Kritik wurde aber auch vom "progressiven" melanesischen Flügel des Südpazifischen Forums laut. Libyen hatte im März 1986 Vertreter der Unabhängigkeitsbewegungen aus Neukaledonien (Kanaken), Irian-Jaya (Free Papua), Papua-Neuguinea und Vanuatu nach Tripolis eingeladen, um eine Allianz progressiver Melanesier zu gründen.(18) Das ist zwar formal nicht gelungen, aber de facto werden heute die extremen Forderungen des Südpazifischen Forums von diesen Staaten gestellt.

So haben sich Vanuatu, die Solomon-Inseln und Papua-Neuguinea zu einer melanesischen Gruppe innerhalb des Forums zusammengeschlossen. Ihr besonderes Augenmerk gilt der Entkolonisierung Neukaledoniens und der pazifischen Entnuklearisierung. Der bisherige Vertrag (South Pacific Nuclear Free Zone, SPNFZ) geht dieser Gruppe nicht weit genug. Diese Staaten fordern zusätzlich - in eindeutiger Blickrichtung auf die USA - ein Verbot für die Durchfahrt nuklear angetriebener oder mit Kernwaffen bestückter Schiffe, ein Verbot von militärischen Überwachungsstationen, den Abbau von Uran und die Durchfahrt von mit Uran beladenen (australischen) Schiffen.(19) Walter H. Lini (Vanuatu), der sich als Wortführer der melanesischen Gruppe fühlt, fordert, daß sich das Südpazifische Forum zu einem einflußreichen "Block" innerhalb des Commonwealth und der Vereinten Nationen entwickelt. Dieser Block, so Lini, sollte auch die PLO und die südwestafrikanische Befreiungsorganisation SWAPO anerkennen und sich der Gruppierung der blockfreien Staaten anschließen. Die übrigen Mitglieder des Südpazifischen Forums lehnen diese Idee ab. Damit wird die Polarisierung dieser Institution nicht mehr aufzuhalten sein.(20)

Ähnlich wie im "Thunfisch-Krieg" sind die USA nach der Ablehnung des Entnuklearisierungsvertrages in Mißkredit geraten. Gegenwärtig scheinen die mittelfristigen Folgen ihrer ablehnenden Haltung, insbesondere bei den Vertretern des melanesischen Flügels im Südpazifischen Forum, absehbar. Die kürzlich von Neuseelands Regierungschef David Lange geäußerte Warnung vor einer "Einnischung Libyens" im Südpazifik scheint die Richtung anzudeuten.(21)

Die ANZUS-Krise

In unmittelbarem Zusammenhang zur pazifischen Entnuklearisierungsproblematik steht auch die gegenwärtige Krise des 1951 von Australien, Neuseeland und den USA gegründeten ANZUS-Verteidigungspaktes. Der ANZUS-Vertrag führte zu einer engen militärisch-strategischen Kooperation zwischen den Signatarstaaten, wobei besonders hervorzuheben ist, daß Australien und Neuseeland als Regionalmächte über genügend wirtschaftliche Ressourcen verfügen, um die Archipelstaaten wirtschaftlich und militärisch zu unterstützen und die USA in diesem Teil der Welt zu entlasten.

Die im Juli 1984 gewählte sozialdemokratische Regierung Neuseelands setzte unter der Führung von David Lange ihr Wahlkampfversprechen umgehend in die Tat um und weigerte sich hinfort, amerikanischen nuklear angetriebenen und/oder nuklear bewaffneten Schiffen die Häfen zu öffnen. Die bürgerliche, in Opposition befindliche National Party hat zwar eine Änderung dieser Politik im Fall einer Wiederwahl angekündigt, bisher jedoch vertritt die Regierung Lange ihre Anti-Nuklearpolitik mit Verve.(22) Neuseeland wird nicht mehr zu gemeinsamen Seemannövern Australiens und der USA eingeladen und muß sich vorerst auf seine eigene Verteidigungsfähigkeit stützen. Der sicherheitspolitische Alleingang Neuseelands zeigt Auswirkungen auf die Region. Neuseeland ist heute - auch wegen schwieriger Wirtschaftsprobleme - nicht mehr in der Lage, die ehemals zusammen mit Australien regional geübte Schutzfunktion fortzuführen. Da die Archipelstaaten mit Ausnahme von Papua-Neuguinea, Fidschi und Tonga über keine Streitkräfte verfügen, wurden bislang viele Aktionen, Unterstützungsleistungen und Sicherungsaufgaben von australischen und/oder neuseeländischen Streitkräften wahrgenommen. Der Beitrag Neuseelands fällt vorerst weg. So ist Wellington z.B. auch gezwungen, die seit Jahren in Singapur stationierte Brigade, die auch von den ASEAN-Staaten als wichtige Unterstützung anerkannt und gewünscht wurde, zurückzuziehen, um die eigene Verteidigungsbereitschaft zu erhöhen.(24) Die direkte Schwächung des für den südlichen Pazifik wichtigen ANZUS-Paktes mit seinen erwähnten indirekten Auswirkungen auf die Archipelstaaten bietet Moskau ebenso Vorteile wie die oben geschilderten anderen südpazifischen Entwicklungslinien. Tatsächlich hat der stellvertretende sowjetische Außenmini-

ster Kapitsa Neuseeland bereits eine bilaterale militärische Vereinbarung vorgeschlagen, die u.a. vorsah, daß Moskau Neuseeland über sowjetische Marinebewegungen im Pazifik informieren wollte. Wellington hat dieses Ansuchen zurückgewiesen, ist aber gleichzeitig - obwohl betont prowestlich - nicht von seiner Politik der Entnuklearisierung abgewichen.(25) Insofern spielt David Lange eine Vorreiterrolle, die insbesondere von den Vertretern des melanesischen Flügels im Südpazifischen Forum immer wieder zum Vorbild genommen wird.

Der Staatsstreich in Fidschi

Der nicht ganz unerwartete Regierungswechsel nach den Parlamentswahlen im April 1987 in Fidschi hat in seiner Folge wenige Wochen später zu höchst dramatischen Ereignissen geführt, die insgesamt als wichtige endogene Faktoren zu einer Destabilisierung der Region beitragen. Der am 14.Mai 1987 von Oberstleutnant Rabuka durchgeführte Militärputsch weist auf ein "gärendes Erbe" britischer Kolonialpolitik hin. Die im April durchgeführten Parlamentswahlen hatten nicht nur eine linksorientierte neue Koalitionsregierung unter Timoci Bavadra an die Macht gebracht, sondern - und hier liegt der Hauptgrund für den Putsch - auch erstmals eine mehrheitlich von Indern besetzte Regierung.

Die Nachkommen der im 19.Jahrhundert von den Briten als billige Arbeitskräfte nach Fidschi verschifften Inder bilden heute mit 48% gegenüber 46% der Melanesier die Bevölkerungsmehrheit. Der Putsch, der auch die Zustimmung des "Rates der Häuptlinge" - einer sehr einflußreichen außerparlamentarischen Vertretung der fidschianischen Ureinwohner - gefunden hat, muß primär als Revolte der ethnischen Melanesier gegen die "Fremden" (Inder) verstanden werden, während die politische Konfrontation zwischen Konservativen und Linken einen sekundären Zusatzaspekt bildet.

Inzwischen wurde in Fidschi eine "Übergangsregierung" unter dem Vorsitz des britischen Generalgouverneurs Ratu Sir Penaia Ganilau gebildet, der auch Rabuka angehört. Neuwahlen sollen ausgeschrieben werden, sobald eine neue Verfassung formuliert worden ist, die für alle Zukunft eine Machtübernahme der Inder in Fidschi verhindern soll.

Abgesehen von dem gegenwärtig ungewissen Fortgang der Entwicklung in diesem ehemals innenpolitisch stabilen und außenpolitisch für seine Nachbarn häufig richtungsgebenden Archipelstaat, bleibt die Sorge über die mittelfristigen Folgen der fidschianischen Revolte. Nutznießer könnte auch hier - bei potentiell unglücklichem oder ungeschicktem Taktieren Australiens, Neuseelands und der USA - die Sowjetunion werden.

Strategische Auswirkungen der sowjetischen Präsenz im Pazifik

Nach dem japanischen Überfall auf Pearl Harbour im Dezember 1941 und dem damit verbundenen Kriegsausbruch im Pazifik haben die USA in einem präzedenzlosen "Inselpringen" den japanischen Angreifer bis auf sein Mutterland zurückgedrängt und durch die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki den Pazifikkrieg beendet. Seither galt der Pazifik als ein "american lake". Diese Situation hat sich in den letzten Jahren geändert. Moskau hat durch seine enormen Rüstungsanstrengungen seit den 70er Jahren die Kräftegewichtung nicht im europäisch-atlantischen Bereich, sondern auch im fernöstlich-pazifischen Raum verändert.

Konkret repräsentiert die sowjetische Pazifikflotte gegenwärtig 40% der gesamten sowjetischen Seestreitkräfte.(26) Allerdings muß einschränkend darauf hingewiesen werden, daß sich die sowjetische Aufrüstung vorrangig auf den nördlichen Pazifik konzentriert; hier vor allem auf die Kamchatka-Halbinsel, die Kurilen-Inselkette, auf Sachalin und die Randgebiete des Ochotskischen Meeres, das als ein Sanktuarium für die sowjetischen Atomunterseeboote gilt. Die 140 Flugplätze im sowjetischen Fernen Osten könnten im Ernstfall 3.000 bis 4.000 Flugzeuge aufnehmen. Darüber hinaus bestätigen Landsat-Satelliten-Photos, daß auf mehr als 50 Luftwaffenbasen die Rollbahnen verdoppelt oder sogar verdreifacht werden, insbesondere diejenigen, die in den Küstenbereichen Sibiriens und Sachalins liegen. Von diesen Basen aus könnten Luftangriffe gegen Japan geflogen werden.(27)

Die sowjetischen Marinestreitkräfte erfüllen im Pazifik vor allem zwei Funktionen: Einmal verteidigen sie die sowjetischen Küsten und schützen die eigenen Nuklearunterseeboote gegen amerikanische Trägergruppen und andere Überwassereinheiten, zum anderen besteht ihre Aufgabe zunehmend darin, die "sea lanes of communications" zu sichern.(28)

Neben dem größten sowjetischen Fernosthafen Wladiwostok - der allerdings nicht eisfrei ist und der durch einen zweiten, im Aufbau befindlichen Stützpunkt in der Hilokappu Bay auf Etorofu (Kurilen) ergänzt zu werden scheint (29) - verfügen die Sowjets seit Ende der 70er Jahre über den vietnamesischen Hafen Cam Ranh, der zum weltweit größten sowjetischen Auslandsstützpunkt ausgebaut worden ist.(30) In Cam Ranh können sowjetische Nuklearunterseeboote, zwei moderne im Pazifik oder Indik operierende Hubschrauberträger und bis zu 30 Überwasserschiffe versorgt werden. Ebenso sind dort 26 Badger-Bomber, 14 Flogger, 30 Forger und 10 Backfire-Bomber stationiert.(31) In Ergänzung zu Cam Ranh nutzen die Sowjets auch den Stützpunkt Da Nang, der zu einem Luftkontroll-Zentrum ausgebaut wurde und über den eine direkte Satellitenverbindung zu den Hauptquartieren in Moskau und Wladiwostok führt.(32)

Außerdem nutzt die sowjetische Luftwaffe die Flugplätze Bien Hoa und Tan Son Nhut, die Marine auch die Häfen von Cac Ba (nahe Hai-phong) und Co Son (eine Insel im südchinesischen Meer) und den kambodschanischen Tiefwasserhafen Kampong Som.(33) Die sowjetische Luftaufklärung umfaßt heute den gesamten südostasiatischen Bereich - TU-95-Aufklärer können ohne Auftanken von Cam Ranh aus bis Neukaledonien im Südpazifik und zurück fliegen -, die sowjetische Funkaufklärung überwacht die größten amerikanischen Auslandsstützpunkte auf den Philippinen, deren Zukunft nach dem Auslaufen der Verträge 1991 gegenwärtig ungewiß ist. Aus diesem Grund haben die USA bereits Vorbereitungen getroffen, im Eventualfall diese Stützpunkte nach Guam, Saipan, Palau und Tinian (Micronesien) rund 1.000 km östlich der Philippinen zu verlegen.(34)

Für die mit modernsten Überwasser- und Unterwassereinheiten verstärkte sowjetische Pazifikflotte - bis zum Jahr 1990 rechnen Experten mit dem Bau von sechs sowjetischen nuklear angetriebenen 75.000 Tonnen-Trägern (Größe entspricht der amerikanischen Forrestal-Klasse) - mit ihren etwa 450 Überwassereinheiten, 100 U-Booten und 40 strategischen Nuklearunterseebooten sowie 500 Marineflugzeugen hat sich die strategische Lage seit dem Aufbau des Stützpunktes Cam Ranh erheblich verbessert.(35) Damit ist der lange Seeweg von Wladiwostok durch die strategischen Meerengen der Malakka-, Sunda- und Lombok-Straße zum Indischen Ozean und zu den sowjetischen Stützpunkten in Äthiopien und Südjemen abgesichert. Heute greift die sowjetische Militärpräsenz also bereits weit in den westlichen und auch südlichen Pazifik hinein.

Die zunehmende Bedeutung, die Moskau dem Pazifik beimißt, läßt sich auch aus der Tatsache ersehen, daß im sowjetischen Außenministerium erst kürzlich ein eigenständiges Pazifik-Referat eingerichtet wurde.(36) Auch für westliche Beobachter ist das sowjetische Interesse nachvollziehbar, im Südpazifik Fuß zu fassen, vielleicht einen Stützpunkt zu errichten, um die in dieser See-Region noch immer dominierende Machtpräsenz der USA zu brechen bzw. zu neutralisieren. Ein großer Teil der westlichen Presseberichterstattung ist sich daher auch mit dem australischen Premierminister Hawke einig, daß die Sowjetunion - entgegen ihren eigenen Beteuerungen - nicht nur "Fischfang-Interessen" im Südpazifik hegt.(37)

Bis heute gibt es keinen schlüssigen Hinweis, daß Moskau in absehbarer Zeit einen Stützpunkt im südpazifischen Raum erhalten könnte, aber die geschilderten Entwicklungslinien, insbesondere die Verbesserungen der sowjetischen militärischen Machtprojektion im nördlichen Pazifik und südostasiatischen Raum, - bei gleichzeitigen ersten politischen Erfolgen im Südpazifik (Kiribati und Vanuatu) - deuten in ihrem Gesamtzusammenhang auf einen möglichen zukünftigen Trend in der Region im Sinne sowjetischer Interessen hin.

Der neuseeländische Premierminister Lange hat auf diesen Sachverhalt hingewiesen, als er von "langfristigen Subversionszielen" der Sowjetunion in der Region sprach. Zwar lohnt sich auch für die Sowjetunion vom kommerziellen Standpunkt her die Fischerei und damit die Stützung der Ökonomien der Archipel-Staaten nicht, der Profit liegt vielmehr in einer strategischen Überwachung des Raumes durch die sowjetischen Trawler, denen eines Tages auch Freundschaftsbesuche von Schiffen der Roten Flotte folgen könnten.(38)

Die pazifischen Archipel-Staaten haben mit ihrer Autonomie, die im Regelfall auch den Verlust des finanziellen Polsters der Kolonial- oder Schutzmächte bedeutete, absolut ernstzunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten. Die Unruhe in der Region - soweit sie ökonomisch geprägt ist - sollte sich durch Hilfeleistungen und großzügige Handelsvertragsangebote der westlichen Industriestaaten an die Archipelstaaten beseitigen lassen. Andernfalls könnte der Westen einzelne, heute noch pro-westlich orientierte Staaten in einer globalstrategisch bedeutsamer werdenden Region "verlieren".

Japan hat bereits den ersten Schritt getan. Außenminister Kurunari verkündete während einer Reise durch den Südpazifik im Januar 1987 in Suva/Fidschi eine "Pazifik-Doktrin" zur entscheidenden Steigerung seiner Wirtschaftshilfe an die südpazifischen Staaten.(39)

Die deutlichen, warnenden Worte des ehemaligen australischen Premiers Malcolm Fraser zur sowjetischen Präsenz in der Region sollten weitere Initiativen beschleunigen helfen: "Soviet military penetration will start as a fish-processing facility. But that will have some refueling facilities, which will require repair facilities and, in turn, an airfield. Then, it is a base." (40)

Anmerkungen

- (1) Vgl. im Pacific Islands Year Book (John Carter, ed.), 15.Aufl., Sydney 1984, die entsprechenden Kapitel über die genannten Staaten.
- (2) Vgl. Rheinischer Merkur vom 29.8.1986; International Herald Tribune (IHT) vom 28.10.1986.
- (3) Vgl. Neue Zürcher Zeitung (NZZ) vom 14.8.1986; Asian Bulletin, Sept.1986, S.93; IHT vom 28.10.1986; Süddeutsche Zeitung vom 12.3.1987.
- (4) Zum Neukaledonien-Problem vgl. Naldi, Gino J.: Selfdetermination in the South Pacific: the Case of New Caledonia. In: The World Today, 41 (August/September 1985) 8/9, S.170-172.
- (5) Vgl. Hastings, Peter: National Integration in Indonesia: The Case of Irian-Jaya. In: Lim Joo-Jock/Vani, S. (Hrsg.): Armed Separatism in South East Asia. Singapore: 1984, S.129-150; dsgl. NZZ vom 2.9.1986.

- (6) Vgl. IHT vom 28.10.1986; Frankfurter Rundschau vom 23.7.1986.
- (7) US Wireless Bulletin vom 4.11.1986.
- (8) NZZ vom 23.8.1984; New York Times Magazine vom 7.9.1986.
- (9) Radio Freies Europa, RL 284/86 vom 21.7.1986, S.3.
- (10) Vgl. NZZ vom 7.3.1987.
- (11) John Colvin: The Pacific's New Politics. In: Asian Bulletin, August 1986, S.10; New York Times (NYT) vom 19.5.1986.
- (12) Washington Post vom 3.2.1987; IHT vom 31.7.1986.
- (13) NYT vom 12.10.1986; IHT vom 22.10.1986; NZZ vom 24.10.1986; IHT vom 28.10.1986; NYT vom 7.1.1987.
- (14) Vertragstext in: Fahl, Gundolf: Vertrag über die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone im Südpazifik vom 6. August 1985. In: Die Friedenswarte (Berlin/West) 65 (1982-1985), S.185-207. - Im Januar 1987 ergab sich die folgende Lage des SPNFZ-Vertrages: Ratifikationsurkunden liegen vor von: Cook-Inseln, Niue, Fidschi, Tuvalu, West-Samoa, Kiribati, Neuseeland und Australien. Damit tritt der Vertrag völkerrechtlich in Kraft. Australien hatte seine Ratifikationsurkunde erst im Dezember 1986 eingereicht. Unterzeichnet haben den Vertrag bisher nicht: Vanuatu und die Solomon-Inseln, weil er ihnen nicht weit genug in seinen Forderungen geht. Tonga hält ihn für überflüssig.
- (15) Vgl. R.D. Fisher: Why the US must oppose the South Pacific Nuclear Free Zone. In: Backgrounder 55, December 23, 1986.
- (16) Monitor-Dienst, Allgemeiner Teil, 16.12.1986.
- (17) Süddeutsche Zeitung vom 9.12.1986; Le Monde vom 8.10.1986.
- (18) Vgl. NYT vom 19.5.1986.
- (19) Vgl. NZZ vom 14.8.1986 und 17.8.1986.
- (20) Vgl. NZZ vom 14.8.1986.
- (21) Süddeutsche Zeitung vom 12.3.1987.
- (22) Frankfurter Rundschau vom 23.7.1986.
- (23) Washington Post vom 12.8.1986.
- (24) Far East Economic Review vom 8.1.1987, S.15-16.
- (25) IHT vom 30.8.1986.
- (26) Vgl. Benjamin F. Schemmer, The Pacific Naval Balance. In: Armed Forces Journal International, April 1984/Current News 1 June 1984: 8-F.
- (27) Georges Tan Eng Bok: The USSR in East Asia, Atlantic Institute for International Affairs, The Atlantic Papers No. 59/60, Paris 1986, S.50.
- (28) ebd., S.51. Siehe auch: IHT vom 10.9.1986 und Washington Post vom 1.8.1986. Dsgl. Rolfe, James: Strategic Changes in the South West Pacific. In: R.U.S.I., Journal of the Royal United Services Institute for Defence Studies, December 1986, 4, S.41-50.
- (29) Tan Eng Bok, op.cit. S.51.
- (30) ebd., S.52.
- (31) ebd., S.52.

- (32) ebd.
 (33) ebd.
 (34) Vgl. James Rolfe, op.cit.
 (35) Tang Eng Bok, op.cit., S.52; New York Times Magazine vom 7.9.1986 "Challenge in the Pacific"; IHT vom 10.9.1986.
 (36) Radio Freies Europa, RL 284/86 vom 21.7.1986, S.3, Information nach Izvestia vom 29.6.1986.
 (37) Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 6.3.1987.
 (38) Vgl. Frankfurter Rundschau vom 23.7.1986.
 (39) Monitor Dienst, Asien, 21.1.1987, S.9; IHT vom 16.1.1987; NZZ vom 22.1.1987; Far Eastern Economic Review vom 29.1.1987, S.30-31.
 (40) Zitiert nach IHT vom 10.9.1986.

Chronologie

1984

- Juli 1984 Nach dem Wahlsieg der Sozialdemokraten in Neuseeland erklärt Premier David Lange, daß seine Regierung hinfort amerikanischen Schiffen, die atomangetrieben und/oder atomar bewaffnet sind, keine Hafentrechte - trotz ANZUS-Paktes - zubilligen wird.
24. Oktober 1984 Neuseelands Verteidigungsminister O'Flynn erklärt unter Hinweis auf Geheimdienstberichte: "Die sowjetische Flotte im Südpazifik sei heute größer als die der USA".

1985

- Februar 1985 Die USA sagen eine Vielzahl von ANZUS-Manövern wegen Neuseelands Haltung ab.
- August 1985 Kiribati schließt einen Fischereivertrag mit der Sowjetunion (16 sowjetische Schiffe dürfen in der Seewirtschaftszone, nicht jedoch in der Zwölfmeilen-Hoheitszone fischen. Moskau zahlt 1,7 Mill. US-Dollar für den Einjahresvertrag).
- 5.-6. August 1985 16. Tagung des Südpazifischen Forums in Rarotonga/Cookinseln (am 6.8. unterzeichnen 8 der 13 Mitglieder den Vertrag über die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone im Südpazifik).
19. November 1985 Im Pazifik wird eine neue sowjetische Flot-

tenkampffgruppe beobachtet.

1986

10. Januar 1986 USA und Palau schließen einen neuen Assoziierungsvertrag, der von Palau noch per Referendum angenommen werden muß. (Die USA wollen auf Palau ebenso wie bereits auf Guam und Tinian Militärbasen errichten.)
- Mai 1986 Vanuatu nimmt formelle Beziehungen zu Libyen auf.
27. Juni 1986 USA ziehen ihre Sicherheitsgarantie für Neuseeland - gemäß ANZUS-Vertrag - zurück.
- Juni 1986 Moskau richtet ein Pazifik-Referat im Außenministerium ein.
- Juni 1986 In getrennten Abstimmungen haben die Marshall-Inseln, die nördlichen Marianen-Inseln und Palau für eine "Freie Assoziation" mit den USA gestimmt.
30. Juni 1986 Vanuatu und die Sowjetunion nehmen diplomatische Beziehungen auf.
- August 1986 Der einjährige Fischereivertrag zwischen Kiribati und der Sowjetunion wird nicht verlängert. Moskau wollte den erhöhten Forderungen nicht nachkommen.
- 8.-11. August 1986 17. Tagung des Südpazifischen Forums in Suva/Fidschi.
11. August 1986 US-Außenminister Shultz erklärt das formale Ende der Verteidigungskooperation zwischen den USA und Neuseeland.
17. September 1986 Der oberste Gerichtshof von Palau verwirft den Assoziationsvertrag mit den USA, weil die Lagerung von Atomwaffen vorgesehen ist.
30. September 1986 Ein US-Flottenverband kreuzt im Ochotskischen Meer (dem Sanktuarium sowjetischer Nuklearunterseeboote).
9. Oktober 1986 DDR und Vanuatu nehmen diplomatische Beziehungen auf.
21. Oktober 1986 Fischereiabkommen zwischen den USA und 16 Archipelstaaten (jährlich 12 Mill. US-Dollar an die 16 Mitglieder der Forum Fisheries Agency für die Dauer von fünf Jahren).
4. November 1986 Präsident Reagan verkündet neuen Status der ehemaligen US-Trust Territories (nörd-

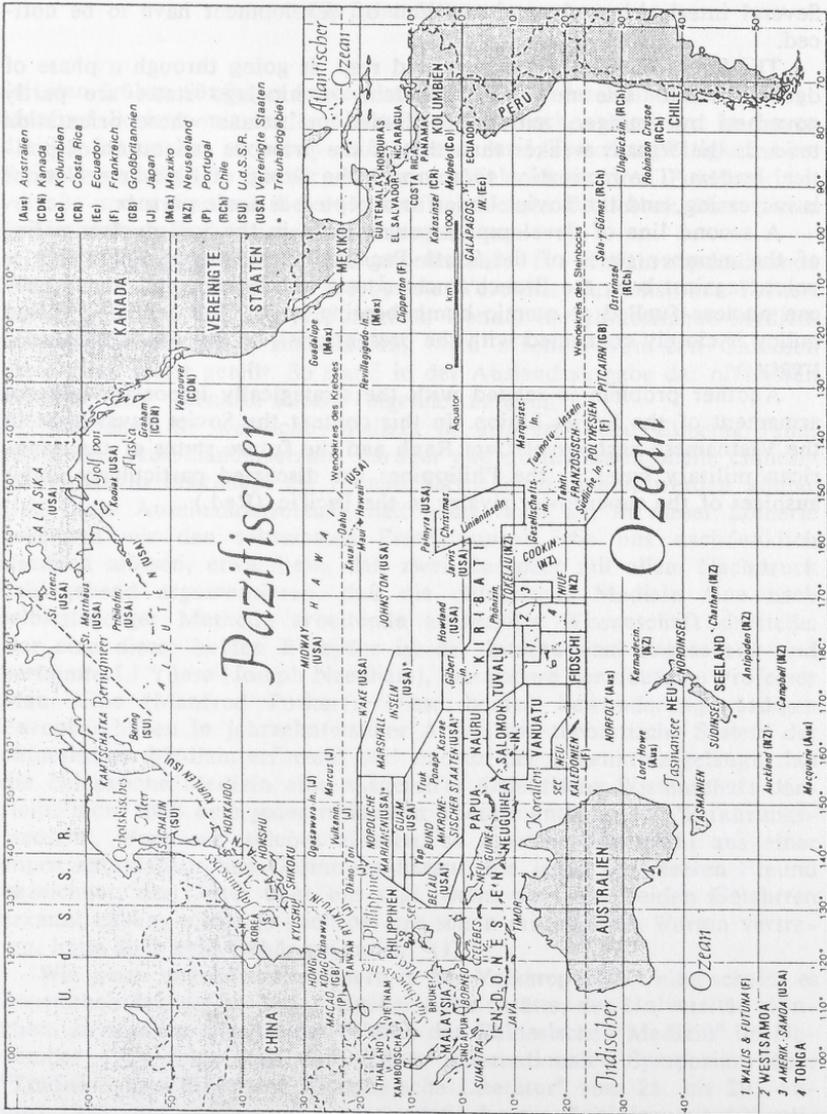
- liche Marianen-Inseln, Federated States of Micronesia und Marshall-Inseln).
25. November 1986 Auf der Südpazifik-Konferenz in Noumea (Neu-Kaledonien) unterzeichnen die Vertreter von 16 Staaten des Südpazifik und Frankreichs ein Abkommen zum Schutz der natürlichen Ressourcen und zur Bekämpfung der Umweltverschmutzung.
11. Dezember 1986 Australien hinterlegt die (8.) Ratifikationsurkunde des Vertrages über die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone im Südpazifik in Suva/Fidschi. Damit tritt der SPNFZ-Vertrag in Kraft.
13. Dezember 1986 Frankreich testet erneut unterirdisch eine Kernwaffe auf Muroroa.
15. Dezember 1986 Sowjetunion unterzeichnet Protokolle 2 und 3 des SPNFZ-Vertrages in Fidschi.

1987

- Anfang Januar 1987 Japans Außenminister Kuranari bereist die südpazifische Region und verkündet eine neue "Doktrin" zur wirtschaftlichen Entwicklung der Region.
27. Januar 1987 Vanuatu und Sowjetunion unterzeichnen ein Fischereiabkommen (Laufzeit ein Jahr, Umfang 1,5 Mill. US-Dollar. Acht sowjetische Schiffe dürfen in Vanuatus Gewässern fischen und zum Crewwechsel Häfen anlaufen. Kein Landerecht für Aeroflot).
5. Februar 1987 USA erklären, daß sie die Protokolle zum SPNFZ-Vertrag nicht unterzeichnen werden.
10. Februar 1987 Sowjetunion nutzt Militäreinrichtungen in Südostasien verstärkt: Cam Ranh, Nha Trang-Airfield und Da Nang in Vietnam, Ream und Kampong Som in Kambodscha.
10. Februar 1987 Die VR China unterzeichnet die Protokolle 2 und 3 des SPNFZ-Vertrages.
- 4./5. März 1987 Sowjetischer Außenminister Schewardnadse macht einen überraschenden Blitzbesuch in Australien, reist dann über Indonesien, Thailand und Kambodscha nach Vietnam weiter.
7. März 1987 In einem Defence White Paper, welches dem neuseeländischen Parlament vorgelegt wurde, wird erklärt, daß Neuseeland ANZUS-Mitglied bleiben möchte.

12. März 1987 Neuseelands Premier D. Lange warnt Libyen vor einer Einmischung im Südpazifik (speziell in Neu-Kaledonien und Vanuatu).
24. März 1987 Die australische Regierung legt ein Weißbuch zur Verteidigung vor. Anders als in dem 1986 veröffentlichten DIBB-Report, der noch eine Politik der Zurückhaltung forderte, wird im Weißbuch die Notwendigkeit einer offensiven Abwehrpolitik betont.
1. April 1987 Der australische Außenminister Hayden äußert sich wiederholt besorgt über zunehmende Aktivitäten Libyens im Südpazifik.
4. April 1987 Feierliche Unterzeichnung des Fischereiabkommens zwischen den USA und der South Pacific Fisheries Agency in Port Moresby (vgl. 21.10.1986).
11. April 1987 Enthüllung eines Geheimabkommens zwischen USA und Neuseeland über den Fortbestand des US-Stützpunktes in Christchurch (Südinself). Washington verfügt über eine uneingeschränkte Landeerlaubnis für Flugzeuge, die für antarktische Operationen eingesetzt werden.
13. April 1987 Die Regierung in Fidschi ist nach Parlamentswahlen abgewählt. Die neue Regierung wird von T.Bavadra geführt. Bavadra ist Vorsitzender der rassisch gemischten Labour-Partei, die mit der vorwiegend von Indern gebildeten Föderationspartei ein Bündnis eingegangen ist.
23. April 1987 Australische Aboriginal-Communities weisen finanzielle Unterstützungsangebote Libyens zurück.
2. Mai 1987 Der australische Außenminister Hayden fliegt nach Neuseeland, um mit Prime Minister D.Lange regionale Probleme einschließlich der Aktivitäten Libyens zu erörtern.
8. Mai 1987 Vanuatu weist zwei libysche Diplomaten aus.
11. Mai 1987 Vanuatu wehrt sich gegen australische Kritik an der geplanten Einrichtung einer libyschen Botschaft. Die Warnung Canberras vor engeren Kontakten mit Libyen wird als Einmischung in innere Angelegenheiten verurteilt. Vanuatus Premier W.Lini verbietet australische Flottenbesuche.

12. Mai 1987 Moses Weror, Vorsitzender des Revolutionsrates der Free Papua Bewegung erklärt, daß Mitglieder seiner Organisation militärisches Training in Libyen erhalten.
14. Mai 1987 Oberstleutnant Rabuka führt einen Militärputsch in Fidschi durch.
19. Mai 1987 Britischer Generalgouverneur Ganilau übernimmt formell die Macht in Fidschi und kündigt nach einer Überarbeitung der Verfassung vorzeitige Neuwahlen an.
19. Mai 1987 Australien bricht die diplomatischen Beziehungen zu Libyen ab und ordnet Schließung der libyschen Botschaft an.
20. Mai 1987 Der innenpolitisch wichtige Häuptlingsrat der Fidschi-Inseln billigt den Militärputsch. Putschführer Rabuka soll Übergangsregierung leiten und Verfassungsreform vorbereiten. Generalgouverneur Ganilau erklärt sich einverstanden.
25. Mai 1987 Der gestürzte fidschianische Regierungschef Bavadra ruft die Inder in Fidschi zum passiven Widerstand auf. Bavadra lehnt einen angebotenen Ministerposten im Übergangskabinett ab. Generalgouverneur Ganilau spricht eine Amnestie für alle Putschisten einschließlich Anführer Rabuka aus.
29. Mai 1987 Absage der Teilnahme Fidschis an der Jahrestagung des Südpazifischen Forums auf Druck von Australien, Neuseeland, Papua-Neuguinea und West-Samoa.
- 29./30. Mai 1987 Jahrestagung des Südpazifischen Forums in Apia/West Samoa. Die anwesenden 12 Vertretungen sprechen sich für eine "Friedensmission" unter Leitung des australischen Premiers Hawke nach Fidschi aus. Finanzielle Hilfszusagen werden gegeben.



Summary

In recent years the Pacific has not been quiet in the realm of politics. Several interlocking, dynamic streams of development have to be noticed.

The South Pacific has experienced resp. is going through a phase of decolonization. The newly independent Archipelago states are partly governed by younger, nationalist-minded politicians whose orientation towards the West is weaker than that of the previous generation of political leaders. The inclination to approach the Group of Blockfree Nations is increasing, and the Soviet Union is accepted as trade partner.

A second line of development can be seen in the anti-nuclear policy of the member states of the South-Pacific Forum. Strong opposition is voiced against both the French nuclear tests on Mururoa and the American nuclear-fuelled or atomic bomb-bearing ships. The denuclearization policy is closely connected with the present crisis of the ANZUS defence treaty.

Another problem is related with the strategically important military armament of the Soviet Union. In this context the Soviet naval basis in the Vietnamese harbour of Cam Ranh and the future status of the American military bases in the Philippines are discussed particularly under auspices of the superpower rivalry in the Pacific. (Red.)